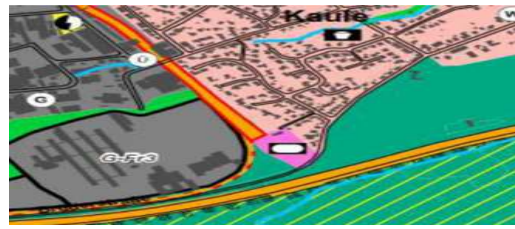


Den Wald retten an der A4 Refrath und Frankenforst!



Abd: G-Fr 1a (Rennweg/
Frankenforster Str. Höhe Wingertsheide)



Abd. Auszug Entwurf F-Fr 3 (BASt)

Liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter für eine lebenswerte Umwelt hier bei uns in Frankenforst!

Mit unserem Newsletter 1-2018 hatten wir zur Stellungnahme zum Entwurf des Flächennutzungsplans (FNP) aufgefordert, um damit die formale Frist im Rahmen der Bürgerbeteiligung zum Flächennutzungsplan zu nutzen. In einer nun 7.700 seitigen Vorlage zum Flächennutzungsplan 2035 hat die Stadtverwaltung auf die rund 2.360 Stellungnahmen reagiert und damit die Voraussetzung für die Verabschiedung durch den Stadtrat geschaffen. Was hat sich im Wesentlichen geändert? Wie wurde auf die Stellungnahmen eingegangen? Was geschieht nun?

I. Zu unserem Gebiet:

1. Der Rennweg (das Gebiet entlang der Frankenforster Str. in Höhe Wingertsheide) ist weiterhin als Gewerbegebiet im FNP-Entwurf ausgewiesen.
2. Das Gelände der BASt und der daran angrenzende Grünstreifen sind weiterhin als potentiell Gewerbegebiet ausgewiesen. Damit bleibt auch der „Autobahnzubringer entlang des Bahndammes“ (Mobilitätsband) sowie die Verlegung der Brüderstraße entlang der Autobahn Teil des FNP-Entwurfs.
3. Der Teilerfolg – die Herausnahme des Waldes entlang der Brüderstraße – und damit auch die Absage an dieses potentielle Gewerbegebiet bleibt bestehen (mit Einschränkung der Waldabholzung siehe Punkt 2)
4. Ein weiterer Teilerfolg – die Brüderstraße ist bis zum Ende des ursprünglich angedachten „Gewerbegebietes Brüderstraße“ als Stadtgebiet von Bergisch Gladbach (siehe Straßenbeschilderung) ausgewiesen, was eine Geschwindigkeitsbeschränkung in diesem Teilstück auf 50 km/h bedeutet.

II. Anmerkungen und Schlussfolgerungen der BI-Frankenforst zur Vorlage „Flächennutzungsplan 2035 der Stadt Bergisch Gladbach im Stand 18. September 2018“:

1. Von den rund 2.360 Stellungnahmen aus der Bürgerschaft, die auf rund 7.700 Seiten durch die Stadtverwaltung dokumentiert wurden, wurde keine Bürgereingabe mit der Abwägungsempfehlung „Der Stellungnahme wurde gefolgt“ für die politische Beratung versehen. Gleiches gilt für die Einstufung mit der Abwägungsempfehlung „Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.“

Damit dokumentiert die FNP-Vorlage eindrucksvoll, dass die Einwände der Bürgerinnen und Bürger aus Sicht der Stadtverwaltung keinen Änderungsbedarf für die politische Beratung bewirkt haben.

2. Bezogen auf unseren Stadtteil Frankenforst bedeutet dies, dass in keinem Fall einem der eingereichten Argumente, die von der BI-Frankenforst und den mehreren hundert Bürgerinnen und Bürgern schriftlich der Stadtverwaltung vorgelegt wurden, gefolgt wurde.
3. Unsere Argumente zu den Auswirkungen auf Umwelt, Naturschutz durch Einplanung der neuen Gewerbegebiete Rennweg und BAST und der damit verbundenen Abholzung alter Waldbestände fanden demnach keinerlei Berücksichtigung im jetzigen Planungsstand des FNP. Mit dem Vermerk „die Stellungnahme wurde zur Kenntnis genommen“ sind Abwägungen vorgenommen und Verweise auf eine spätere Prüfung im Rahmen eines Bebauungsplanes erfolgt; dies betrifft beispielsweise
 - a. sachliche Anmerkungen zu unrichtigen Entfernungsangaben zum ÖPNV und Abständen zwischen Wohnbebauung und Gewerbe
 - b. die unrichtige Darstellung der Gesamtsituation um das Betriebsgelände der BAST in den Steckbriefen
 - c. den Lebensraum begrenzenden Faktoren wie z.B. sehr hohe Versiegelungsgrad der Fläche, der sehr hohe Gesundheitsgefährdungsgrad der Bewohner durch Lärm und Abgase aufgrund des bereits heute schon hohen Verkehrsaufkommens (unmittelbare Nähe zur BAB A4, Frankenforster Straße, Brüderstraße, Flugzone Flughafen Köln/Bonn, Planung neues Mobilitätsband, Gewerbegebiet Frankenforst usw.).
 - d. Unter Naturschutz stehenden Fledermausarten sowie die zunehmende Bedeutung des Waldes als Wasserspeicher/Schattenspende/Beitrag zur Luftkühlung u.a.
4. Die Forderungen, Darlegungen der Bürgerschaft zum Gesamtkomplex „Umwelt, Naturschutz, Emissionen Straßen- und Luftfahrtverkehr, Gefährdung der Gesundheit der Bewohner“ werden von der Stadtverwaltung mit Begründungen ohne jeglichen Quellenbezug zu wissenschaftlichen Grundlagen argumentativ abgelehnt oder zur Lösung in den späteren Planungszeitraum verschoben.

Teile der Behauptungen der Stadtverwaltung sind aufgrund neuester Sachstände zum Klimaschutz (Maßnahmen zur Einhaltung der Klimaziele), angesichts merklicher Klimaeinflüsse in unserer Region (Z.B. ein extrem trockener Sommer), zu Verkehrsemissionen (Stickoxid-Problematik, Lärmschutz) und zum Gewerbeflächenbedarf (durch die Tendenzen wie z.B. in IWF-Prognosen bzw. bei der wirtschaftlichen Entwicklung durch Digitalisierung, Automation, Mobilitätsumsteuerungen) widersprüchlich und auch zwischenzeitlich in Teilen oder sogar komplett überholt. Inhaltlich sind damit Teile der Stellungnahmen des Bürgermeisters somit nicht mehr „Up to Date“.

5. Den unter 1.-4. beschriebenen Punkten liegen Abwägungen der Stadtverwaltung vor, die es schwer machen Rückschlüsse darauf zu führen, ob die Stellungnahmen der Bürgerinnen und Bürger ausreichend gewichtet sind:
 - a. Keine der Stellungnahmen wird im Wortlaut zitiert.
 - b. In der Vorlage finden sich zusammenfassende Inhaltsangaben, die ohne genaue Nennung der Bezüge zu den Stellungnahmen eine Überprüfbarkeit seitens der Verfasser der Stellungnahmen, aber auch der Ratsmitglieder nur eingeschränkt möglich machen.

III. Schlussfolgerungen:

1. Die Abwägungsempfehlungen der Stadtverwaltung als Grundlagen für die politische Beratung lauten durchweg „Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen“. Als weitere Reaktion auf die Stellungnahmen wurde die Empfehlung „Der Stellungnahme wird nicht gefolgt“ zur weiteren politischen Beratung ausgesprochen.

Es entsteht damit der Eindruck, dass im Grunde das jetzt vorgelegte Gesamtergebnis aus dieser Bürgerbeteiligung verwaltungsintern schon im Voraus als Zielvorgabe festgelegt war und damit rein wirtschaftspolitischen Erwägungen folgt. Damit wird diese Bürgerbeteiligung erkennbar nicht ernst genommen und werden durch das von der Stadtverwaltung erarbeitete und dokumentierte Abwägungsergebnis die Leistungen mehrerer Tausend engagierter Bürger einfach vom Tisch gefegt.

2. Innovationen und Visionen für eine nachhaltige Stadtentwicklung in einer vom Klima- und Mobilitätswandel geprägten Zukunft spielen im vorgelegten FNP-Entwurf keine Leitrolle - mit dem Verweis, dass dies nicht die Aufgabe eines FNPs sei. In einer öffentlichen Ausschusssitzung hatten sich aber gerade die großen Parteien dafür ausgesprochen parallel zum FNP eine Zukunftsplanung zur Verkehrsinfrastruktur zu entwickeln. Damit steht der FNP ohne Anschluss an ein ausgereiftes Stadtentwicklungskonzept mit einem zukunftsfähigen Verkehrskonzept da.
3. Offen ist, ob der Stadtrat diesen Abwägungen der Stadtverwaltung und damit einem in sich unbefriedigendem Prozess der Gewichtung der Bürgerbeteiligung abschließend in seiner Bewertung folgt.
Hier droht ein sehr großer Vertrauensverlust für die Politik, wenn sich der Stadtrat das Vorgehen der Stadtverwaltung kritiklos zu eigen macht und damit auf den letzten Metern die doch so hochgelobte Bürgerbeteiligung endgültig zum Feigenblatt wird.
4. War es das?
Jetzt bleibt uns Bürgern als Zukunftsaufgabe, uns intensiv und aktiv im weiteren Planungsprozess bei der Aufstellung der Bebauungspläne zu beteiligen.

Wie geht es nun konkret weiter?

Wir können noch einmal Zeichen setzen:

- **Bürgerstammtisch:** Am 6.11.2018 um 19:00 Uhr lädt das Bürgerportal in-GL.de zur großen Diskussionsrunde mit der Verwaltung, Politik und Bürgerschaft in den großen Saal des Wirtshaus am Bock neben dem Rathaus ein.
- **Ausschusssitzung:** Am 15.11.2018 findet ab 17:00 Uhr in der IGP Gesamtschule Paffrath die öffentliche Ausschusssitzung statt, in dem die Politik Farbe bekennen muss.
- **Ratssitzung:** Am 19.11.2018 wäre – falls es bei dem aktuellen Entwurf bleibt – ab 17:00 Uhr dann im Bergischen Löwen die entscheidende Ratssitzung, in dem dann der neue FNP endgültig beschlossen würde. Dann geht der FNP abschließend an die Bezirksregierung, die die erforderliche Genehmigung erteilen muss.

IV. Die BI Frankenforst

1. Die BI Frankenforst hatte es sich zum Ziel gesetzt, die demokratischen Rechte als Bürgerinnen und Bürger für den Stadtteil Frankenforst im Rahmen des Prozesses der Entstehung des Flächennutzungsplans für Bergisch Gladbach wahrzunehmen. Damit ist mit der zu erwartenden Entscheidung des Stadtrates dieser Prozess abgeschlossen.
2. Die offenen Fragen der Zukunft der Stadt Bergisch Gladbach zur Verkehrsinfrastruktur und einer klugen nachhaltigen Lösung für den Lebensraum der Bürgerinnen und Bürger und dem zu erhaltenden Naturraum sind mit dem FNP nicht gelöst, nur vertagt.
3. Deshalb hat die BI Frankenforst entschieden, sich sowohl weiterhin in der Gemeinschaft aller BIs in Bergisch Gladbach, als auch für den Stadtteil Frankenforst einzusetzen.
4. Wir werden die weitere Entwicklung wie bisher konstruktiv kritisch begleiten und uns dort zu Wort melden, wo Sachargumente ignoriert oder verdreht werden und kurzfristige Planungen einer nachhaltigen Zukunftsentwicklung widersprechen.

Bilden Sie sich selbst eine Meinung:

<https://www.bergischgladbach.de/neuaufstellung-fnp.aspx>

Abwägungsempfehlung der Verwaltung: 6952ff

[file:///C:/Users/DB/AppData/Local/Packages/Microsoft.MicrosoftEdge_8wekyb3d8bbwe/TempState/Downloads/abwaegung-entwurf%20\(1\).pdf](file:///C:/Users/DB/AppData/Local/Packages/Microsoft.MicrosoftEdge_8wekyb3d8bbwe/TempState/Downloads/abwaegung-entwurf%20(1).pdf)

Ihre BI Frankenforst

www.frankenforst.de